

ANTWORTEN DER CDU BERLIN AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE DES KULTURERBENETZ.BERLIN

ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2026

1. Bauwende und Erhalt des Gebäudebestands

Antwort

Für uns steht fest: Berlin wächst, und wir müssen diesem Wachstum mit einer vorausschauenden und pragmatischen Baupolitik begegnen. Wir legen den klaren Fokus auf die Schaffung von neuem, bezahlbarem Wohnraum. Wir setzen dabei stark auf Innovationen wie das Berlin Mehrfamilienhaus. Dieses Konzept ist modular aufgebaut, flexibel anpassbar und eignet sich hervorragend für kommunale, genossenschaftliche sowie private Bauträger. Es verbindet eine wirtschaftliche Bauweise mit praxisgerechten Standards, wie etwa einem energetischen Niveau auf Basis EH 55 und einer barrierearmen Ausgestaltung.

Um diese Bauwende zu realisieren, müssen wir Planungs- und Genehmigungsverfahren drastisch verkürzen und bürokratische Hürden abbauen. Die Digitalisierung von Anträgen und effizientere Abläufe in den Bezirksämtern sind hierfür essenziell. Den Erhalt von Bestandsgebäuden prüfen wir selbstverständlich, jedoch darf dies nicht zu einer Blockadehaltung führen. Wo ein Ersatzneubau deutlich mehr Wohnraum, eine bessere Energieeffizienz und eine höhere städtebauliche Qualität bietet, ist er das Mittel der Wahl. Instrumente, die den Neubau pauschal erschweren, lehnen wir ab.

2. Klimawende, Wärmewende und Denkmalschutz

Antwort

Die Herausforderungen der Klima- und Wärmewende sind immens und erfordern pragmatische Lösungen. Wir werden angrenzende Rechtsbereiche wie den Umwelt-, Arten- und Denkmalschutz konsequent auf das zwingend erforderliche Maß nach Bundes- und Europarecht zurückführen.

Das bedeutet konkret für historische Quartiere und Denkmale: Der Denkmalschutz darf nicht als Vorwand genutzt werden, um notwendige energetische Sanierungen oder den Ausbau erneuerbarer Energien zu verhindern. Wir brauchen einen Ausgleich, der die historische Substanz respektiert, aber die Erreichung unserer Klimaziele nicht gefährdet. Besondere Förderinstrumente können sinnvoll sein, jedoch liegt unser Hauptaugenmerk auf der Entbürokratisierung und der Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen, die Investitionen in die energetische Modernisierung erleichtern.

3. Nachkriegsmoderne und junge Denkmale

Antwort

Wir erkennen den historischen Wert bestimmter Bauten an. Gleichzeitig stehen viele dieser Gebäude auf Flächen, die dringend für eine zeitgemäße Stadtentwicklung und die Schaffung von neuem Wohnraum benötigt werden. Wir setzen uns für eine Einzelfallprüfung ein, die wirtschaftliche und städtebauliche Aspekte stark gewichtet. Wo eine Sanierung und Weiternutzung wirtschaftlich nicht darstellbar ist oder den Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung entgegensteht, befürworten wir eine zukunftsorientierte Überplanung und Weiterentwicklung der Flächen.

4. Denkmalpflege und Beteiligung

Antwort

Eine moderne Stadtentwicklung braucht die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen die Beteiligungsprozesse jedoch effizienter und zeitgemäßer gestalten. Wir werden den „digitalen Zwilling“ der Stadt zu einer zentralen Plattform für Bürgerbeteiligung weiterentwickeln. Planungsvorhaben sollen künftig dreidimensional visualisiert und mit ihren Auswirkungen auf Stadt und Nachbarschaft transparent gemacht werden. Gleichzeitig fordern wir in den zuständigen Behörden einen klaren Bewusstseinswandel hin zu einer wohnungsbaufreundlichen Verwaltung. Partizipative Verfahren sind wichtig, dürfen aber nicht dazu führen, dass dringend benötigte Bauprojekte über Jahre hinweg blockiert werden. Die Einrichtung zusätzlicher, unabhängiger Denkmalbeiräte in allen Bezirken sehen wir kritisch, da dies die Verfahren weiter verkomplizieren und in die Länge ziehen könnte.

5. Bauwende und alternative Konzepte der Wohnraumversorgung

Antwort

Die Lösung der Wohnraumknappheit ist die zentrale soziale Frage unserer Zeit. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften spielen dabei eine Schlüsselrolle. Unser Ziel ist es, ihren Bestand der Wohnungen auszubauen und damit den Anteil gemeinwohlorientierten Wohnraums deutlich zu erhöhen. Wir stärken ihre wirtschaftliche Grundlage durch gezielte Eigenkapitalzuführungen, damit sie Neubau und Bestandserweiterung im großen Stil umsetzen können.

Gleichzeitig überprüfen wir Standards für städtebauliche Verträge und das Berliner Modell kritisch auf ihre Wirkung für den Wohnungsbau und das Mietniveau neu entstehender Wohnungen. Wir wollen Investitionen erleichtern. Konzepte wie Enteignungen oder Zwangsverwaltungen lehnen wir als investitionsfeindlich ab. Wir stehen im Austausch mit allen Akteuren der Bau- und Immobilienwirtschaft, um gemeinsam Lösungen für mehr und schnelleres Bauen zu finden.

6. Boden-, Liegenschafts- und Gemeinwohlpolitik

Antwort

Die Entwicklung öffentlicher Liegenschaften muss dem Gemeinwohl dienen, und das bedeutet für uns in erster Linie: Schaffung von Wohnraum und wirtschaftlicher Dynamik. Neben der

Stärkung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften wollen wir das Leerstandsmanagement landeseigener Immobilien weiterentwickeln. Diese Immobilien sollen für die Nutzung durch Start-ups und Unternehmen der Kreativwirtschaft geöffnet werden. Durch die BIM richten wir eine zentrale Vergabestelle ein, die Leerstände erfasst. Durch flexible Vertragsmodelle und vereinfachte Vergabeverfahren ermöglichen wir eine schnelle und unbürokratische Nutzung von Flächen, auch für temporäre Konzepte. Erbbaurechte und Genossenschaften sind dabei wichtige Partner, jedoch muss die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Konzepte stets gewährleistet sein.

7. SEZ Berlin – Bauwende im Bestand

Antwort

Das Areal des SEZ ist ein Paradebeispiel für ungenutztes Potenzial in unserer Stadt. Gemäß unserer Linie im Regierungsprogramm, den Denkmalschutz auf das notwendige Minimum zu reduzieren und Leerstand konsequent zu bekämpfen, sehen wir hier vor allem die Chance für eine umfassende städtebauliche Neuordnung. Wir wollen diesen "schlafenden Riesen" wecken, um dort dringend benötigten Wohnraum, moderne Infrastruktur und zeitgemäße Freizeitangebote zu schaffen. Ob das Areal Teil der IBA wird, ist zweitrangig; primär geht es uns um eine zügige und pragmatische Entwicklung, die den Berlinerinnen und Berlinern zugutekommt.

8. WOGA-Komplex

Antwort

Der WOGA-Komplex ist zweifellos ein bedeutendes Ensemble. Doch auch hier gilt unser im Regierungsprogramm verankerter Grundsatz, dass der Denkmalschutz nicht über das bundes- und europarechtlich geforderte Maß hinausgehen darf. Wir setzen uns für einen pragmatischen Umgang ein. Eine "schleichende Entwertung" wollen wir verhindern, jedoch darf der Schutzstatus nicht dazu führen, dass sinnvolle Nachverdichtungen oder notwendige energetische Sanierungen, die zur Linderung der Wohnungsnot oder zur Erreichung der Klimaziele beitragen, kategorisch ausgeschlossen werden.

9. Neue Mitte Tempelhof

Antwort

Wir positionieren uns gegen Baustopps für neue Stadtquartiere. Die Planungen für die Neue Mitte Tempelhof sind ein hervorragendes Beispiel dafür, wie wir durch gezielte städtebauliche Entwicklung neuen Wohnraum, soziale Einrichtungen und moderne Verwaltungsgebäude schaffen. Einen Abrissstopp, der diese wichtige Entwicklung blockiert und die Daseinsvorsorge im Bezirk gefährdet, unterstützen wir daher nicht. Wir stehen zu einer zukunftsorientierten Planung, die den Bedürfnissen einer wachsenden Stadt gerecht wird.

10. Denkmalgeschützte Siedlungen

Antwort

Die Herausforderungen der Wärme- und Energiewende in denkmalgeschützten Siedlungen wie der Hufeisensiedlung sind uns bewusst. Hier müssen kreative Lösungen gefunden werden, um sowohl dem Denkmalschutz sowie wertvoller Bausubstanz auf der einen und klimagerechtem Wohnen auf der anderen Seite gerecht zu werden. Hier brauchen wir den nötigen rechtlichen Spielraum, um moderne, klimafreundliche Energiekonzepte, wie etwa den Einsatz von Wärmepumpen oder den Anschluss an Fernwärmenetze, auch in historischen Quartieren rechtssicher und zügig umzusetzen. Der Klimaschutz muss hier Vorrang vor einem starren Festhalten an historischen Details haben.

11. Tempelhofer Flughafen / Tempelhofer Feld und Bogensee – Kulturerbe der Hauptstadtregion

Antwort

Wir sind für eine Randbebauung des Tempelhofer Feldes. Angesichts der massiven Wohnungsnot ist es unverantwortlich, diese riesige innerstädtische Fläche komplett unbebaut zu lassen. Auf den Randflächen sollen mehr Wohnungen für etwa 50.000 Berlinerinnen und Berliner entstehen. Darüber hinaus soll das Tempelhofer Feld als Ort für Sport, Freizeit, Kultur und Erholung erhalten und zugleich gezielt weiterentwickelt werden. Den bestehenden Bürgerentscheid respektieren wir als Teil der demokratischen Debatte, sehen aber die dringende Notwendigkeit, die Diskussion an die aktuellen, drängenden Herausforderungen der Stadt anzupassen.

Für landeseigene Immobilien wie das Ensemble am Bogensee streben wir ein aktives und wirtschaftlich sinnvolles Leerstandsmanagement an. Wir wollen ungenutzte Flächen einer sinnvollen Nutzung zuführen, die das Land Berlin finanziell nicht übermäßig belastet. Konzepte wie eine internationale Demokratie- und Friedensakademie sind interessante Ansätze, die wir prüfen. Dabei setzen wir jedoch auf pragmatische Lösungen und eine solide Finanzierung.